

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2006 — 2180

[C — 2006/33055]

20. FEBRUAR 2006 — Programmdekret 2006 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Abänderung des Dekrets zur Infrastruktur vom 18. März 2002*

Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Artikel 2 Absatz 3 des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 wird wie folgt ergänzt: «und des Anteils an den Kosten, der von der Öffentlichen Gesellschaft für Wasserwirtschaft getragen wird».

Bezeichnung Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 2 - In Artikel 9 Absatz 2 desselben Dekretes wird die Bezeichnung «Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft» durch die Bezeichnung «Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft» ersetzt.

Eigentumsverhältnisse

Art. 3 - Artikel 12 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 1. März 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird ein dritter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Wenn eine Gemeinde Eigentümerin der zu bezuschussenden Immobilie ist, kann der in Absatz 1 erwähnte Erbpacht-, Erbbau- oder Mietvertrag durch ein Nutzungsrecht ersetzt werden.»

2. In § 2 wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Für Außeninfrastrukturen und öffentliche Verkehrswege der Gemeinden wird eine generelle Abweichung von den in § 1 erwähnten Bedingungen gewährt.»

Versicherung

Art. 4 - Im Artikel 13 desselben Dekretes werden die Wörter «mit Ausnahme der Außeninfrastrukturen und öffentlichen Verkehrswege der Gemeinden» zwischen die Wörter «Einrichtung» und «ist» eingefügt.

Berechnungsgrundlage des Zuschusses

Art. 5 - Artikel 17 § 3 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«§ 3 - Wenn ein Infrastrukturvorhaben von anderen Behörden bezuschusst werden kann, muss dieser Zuschuss beantragt werden. Mit Ausnahme desjenigen der Standortgemeinde des Antragstellers werden diese Zuschüsse von den Gesamtkosten des Projektes abgezogen, ehe der in Anwendung des vorliegenden Dekretes gewährte Zuschuss berechnet wird. Dies gilt ebenfalls für jegliche Entschädigung von anderen Behörden oder öffentlichen Einrichtungen sowie jegliche auferlegten Kostenbeteiligungen, nicht aber für die Kostenbeteiligung des Nutzers der Infrastruktur, der selbst zuschussberechtigt wäre.

Absatz 1 gilt nicht für den in Artikel 39 erwähnten Zuschuss für denkmalgeschützte Gebäude und Landschaften.»

Antrag auf Bezuschussung

Art. 6 - Artikel 21 § 1 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 1. März 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Nummer 1 werden die Wörter «Artikel 12 § 2» durch die Wörter «Artikel 12 § 2 Absatz 1» ersetzt.

2. Nummer 11 wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

«11. der Nachweis für die Beantragung der in Artikel 5 Absatz 2 und 17 § 3 erwähnten Zuschüsse.»

3. Es wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt: «Für Außeninfrastrukturen und öffentliche Verkehrswege der Gemeinden entfallen die in den Nrn. 1, 7 und 9 erwähnten Unterlagen.»

Mehrkosten

Art. 7 - In Artikel 23 § 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 21. März 2005, werden die Wörter «sowie bei Arbeiten an unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden und Landschaften» zwischen die Wörter «Erdoberfläche» und «können» eingefügt.

Garantie der Gemeinschaft

Art. 8 - Im Artikel 27 Nr. 1 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 3. Februar 2003, werden die Wörter «keine Gemeinde,» und «kein öffentliches Sozialhilfzentrum,» gestrichen.

Bezeichnung Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 9 - In Artikel 35 Absatz 3 desselben Dekretes, eingefügt durch das Programmdekret vom 3. Februar 2003, wird die Bezeichnung «Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft» durch die Bezeichnung «Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft» ersetzt.

KAPITEL II — *Personenbezogene Angelegenheiten*

Aufgaben der Dienststelle für Personen mit Behinderung

Art. 10 - Artikel 4 des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 1998, vom 18. März 2002 und vom 16. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. Im § 1 Nr. 4bis wird im ersten Spiegelstrich das Wort ‚nachweislich‘ gestrichen und im zweiten Spiegelstrich die Wörter ‚nachweislich die innerhalb von zwölf Monaten vor Einreichen des Antrags ausgezahlte Summe der erhöhten Kinderzulagen übersteigen‘ durch die Wörter ‚die für den Zeitraum der therapeutischen Behandlungen und operativen Eingriffe sowie der Inanspruchnahme von therapeutisch-technischen Hilfen und besonderen pädagogischen Hilfsmitteln die innerhalb eines Kalenderjahres ausgezahlte Summe der erhöhten Kinderzulagen übersteigen.‘ ersetzt.

2. Paragraph 1 Nr. 4bis wird durch folgende Spiegelstriche ergänzt:

«- sich nicht auf den Zeitaufwand der Eltern, die Fahrt und Betreuung für die Inanspruchnahme der Hilfen, Hilfsmittel, Behandlungen und operativen Eingriffe beziehen;

— sich für die therapeutischen Behandlungen und operativen Eingriffe auf Behandlungen und Eingriffe beziehen, die in der Nomenklatur des Landesinstituts für Krankheit und Invalidität vorgesehen sind als individuelle oder multidisziplinäre Maßnahme, oder andernfalls durch den in Artikel 20 vorgesehenen Prüfungsausschuss als notwendige Voraussetzung für die soziale Integration bewertet werden.»

3. Paragraph 2 wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

«§ 2 - Die Regierung kann die Rahmenbedingungen für die Ausführung der unter § 1 erwähnten Aufgaben festlegen.»

Bezeichnung Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 11 - In Artikel 8 Absatz 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000, wird die Bezeichnung «eines Gemeinschafts- oder Regionalrates» durch die Wörter «eines Gemeinschafts- oder Regionalparlamentes» ersetzt.

Bezeichnung Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 12 - In Artikel 9 § 1 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 1998 und 16. Dezember 2003, wird die Bezeichnung «Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft» durch die Bezeichnung «Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft» ersetzt.

Befugnisse des Verwaltungsrates der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung

Art. 13 - Artikel 18 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 1998 und 16. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. Im § 2 wird das Wort «Einschreibungsverfahren» durch das Wort «Antragsverfahren» ersetzt.

2. Es wird ein § 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 3 - Um bei der Dienststelle eingetragen zu werden und um eine der in Artikel 4 vorgesehenen Hilfen oder Anpassungsmaßnahmen beanspruchen zu können, muss ein Antrag per Einschreiben mittels eines vorgegebenen Antragsformulars bei der Dienststelle eingereicht werden. Dem Antrag müssen alle Belege beigefügt werden, die für die Begutachtung des Antrags erforderlich sind. Der Antrag beinhaltet eine präzise Beschreibung der angefragten Hilfe oder Anpassungsmaßnahme.»

Prüfungsausschuss

Art. 14 - Artikel 20 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 16. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 1 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Die in Anwendung von Artikel 18 § 3 eingereichten Anträge werden dem Prüfungsausschuss unmittelbar übermittelt. Der Prüfungsausschuss kann zur Erstellung seines Gutachtens beim Antragsteller schriftlich alle Belege und Auskünfte anfragen, die zur Begutachtung des Antrags erforderlich sind.»

2. In § 3bis wird vor dem bisherigen zweiten Absatz ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Für die Bearbeitung der Anträge auf therapeutisch-technische Hilfen und besondere pädagogische Hilfsmittel zieht der Prüfungsausschuss zur Begutachtung zwei Vertreter der Unterrichtsabteilung des Ministeriums hinzu, von denen mindestens einer Mitglied der Pädagogischen Inspektion-Beratung ist.»

3. Im § 4 werden die Wörter «, den Fachärzten» zwischen die Wörter «den Fachleuten» und «sowie den Beratungs- und Untersuchungszentren» eingefügt.

Höchstbeträge

Art. 15 - In Artikel 21 desselben Dekretes wird vor dem zweiten Absatz ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Der Verwaltungsrat kann auf Vorschlag des in Artikel 20 erwähnten Prüfungsausschusses im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen Höchstbeträge für die in Artikel 4 erwähnten Hilfen und Anpassungsmaßnahmen festlegen.»

Bezeichnung Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 16 - In Artikel 4 § 1 des Dekretes vom 9. Mai 1988 zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zwölf Jahren, eingefügt durch das Programmdekret vom 3 Februar 2003, wird die Bezeichnung «Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft» durch die Bezeichnung «Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft» ersetzt.

Fonds zum Schutz des ungeborenen Lebens

Art. 17 - In Artikel 6bis § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 9. Mai 1988 zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zu zwölf Jahren, eingefügt durch das Dekret vom 21. Januar 1991, wird eine Nr. 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«3. den Einnahmen, die in Anwendung von Artikel 38 des Dekretes über die Jugendhilfe vom 20. März 1995 entstehen.»

KAPITEL III — Kulturelle Angelegenheiten

Abschnitt 1 — Medien

Begriffsbestimmungen

Art. 18 - Im Artikel 2 Nr. 36 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über den Rundfunk und die Kinovorstellungen wird das Wort «Sendungen» jeweils durch das Wort «Programme(n)» und das Wort «Fernsehsendungen» durch das Wort «Fernsehprogrammen» ersetzt.

Anbieter anderer Dienste: Bedingungen

Art. 19 - Im Artikel 37 Nr. 1 desselben Dekrets werden die Wörter «der Antragsteller» durch die Wörter «der Anbieter» ersetzt.

Im Artikel 38 Absatz 2 Nr. 1 werden die Wörter «des Antragstellers» durch die Wörter «des Anbieters» ersetzt.

Artikel 39 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge «Um als Anbieter eines anderen Rundfunkdienstes als Fernseh- und Hörfunkprogramme anerkannt zu werden» durch die Wortfolge «Um sich als Anbieter eines anderen Rundfunkdienstes als Fernseh- und Hörfunkprogramme anzumelden» ersetzt.

2. Das Wort «Antragsteller(s)» wird jeweils durch das Wort «Anbieter(s)» ersetzt.

Streichung des Antrags auf Anerkennung

Art. 20 - Artikel 40 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Radio Data System

Art. 21 - In Titel 4 Kapitel 2 Abschnitt 2 desselben Dekretes wird ein neuer Artikel 61bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 61bis - Radio Data System

Ist die Nutzung des Radio Data System (RDS) vorgesehen, so ist der von der Beschlusskammer mitgeteilte RDS-PI-Code zu verwenden.»

Zusammensetzung der Gutachtenkammer

Art. 22 - In Artikel 111 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. In der Nr. 6 wird am Satzende das Wort «und» durch ein Komma ersetzt;

2. In der Nr. 7 wird der Punkt durch das Wort «und» ersetzt;

3. Eine neue Nr. 8 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

«8. ein Mitglied auf Vorschlag des Direktionsausschusses des Verbands belgischer Berufsjournalisten.»

In Artikel 111 § 1 Absatz 3 desselben Artikels wird eine neue Nr. 7 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«7. ein Mitglied auf Vorschlag des Jugendhilferates.»

Aufgaben der Gutachtenkammer

Art. 23 - Artikel 114 § 1 Nr. 1 Buchstabe c) desselben Dekrets wird aufgehoben.

Abschnitt 2 — Kultur

Anerkennung als Amateurkunstvereinigung

Art. 24 - In Artikel 3 des Dekretes vom 28. Juni 1988 zur Regelung der Anerkennung und Bezuschussung von Amateurkunstvereinigungen, abgeändert durch das Programmdekret 2005 vom 21. März 2005, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. In Nr. 1 wird zwischen das Wort «haben» und das Semikolon folgender Wortlaut eingefügt: «und ihre hauptsächlichen Aktivitäten dort durchführen»

2. Ein neuer Absatz 2 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 1 Nr. 2 müssen Vokalensembles mindestens vier Mitglieder zählen.»

Funktionszuschüsse für Amateurkunstvereinigungen

Art. 25 - Artikel 6 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 7. Januar 2002 und vom 3. Februar 2003, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Artikel 6 - § 1 - Die anerkannten Amateurkunstvereinigungen erhalten einen jährlichen Funktionszuschuss. Der Höchstbetrag wird wie folgt berechnet:

1. MUSIK

1.1. Musikvereine

Grundpauschale:

- 7-19 Mitglieder:	500 €
- 20-34 Mitglieder:	620 €
- ab 35 Mitglieder:	750 €

Zusatzpauschale

für jedes Mitglied bis 18 Jahre: 25 €

(Maximalbetrag: 370 €).

1.2. Sonstige Instrumentalensembles

Grundpauschale:

- 7-19 Mitglieder:	500 €
- ab 20 Mitglieder:	620 €

Zusatzpauschale

für jedes Mitglied bis 18 Jahre: 25 €

(Maximalbetrag: 125 €).

1.3. Jugendorchester (Höchstalter: 18 Jahre)

Pauschale ab 15 Mitglieder:	370 €
-----------------------------	-------

2. CHÖRE

2.1 Chöre/Gesangvereine

Grundpauschale:

- 7-19 Mitglieder:	500 €
- 20-34 Mitglieder:	620 €
- ab 35 Mitglieder:	750 €

Zusatzpauschale

für jedes Mitglied bis 25 Jahre: 25 €

(Maximalbetrag: 370 €).

2.2. Sonstige Vokalensembles

Grundpauschale:

- 4-8 Mitglieder:	250 €
- 9-19 Mitglieder:	370 €
- ab 20 Mitglieder:	500 €

Zusatzpauschale

für jedes Mitglied bis 25 Jahre: 25 €

(Maximalbetrag: 125 €).

2.3. Kinderchöre und Jugendchöre (Höchstalter: 25 Jahre)

Pauschale ab 15 Mitglieder: 370 €

3. TANZ

3.1. Tanzgruppen

Grundpauschale:

- 7-19 Mitglieder: 250 €

- 20-34 Mitglieder: 370 €

- ab 35 Mitglieder: 500 €

Zusatzpauschale

für jedes Mitglied unter 25 Jahre: 25 €

(Maximalbetrag: 125 €).

3.2. Kinder- und Jugendtanzgruppen (Höchstalter: 25 Jahre)

Pauschale ab 15 Mitglieder: 370 €

4. THEATER

4.1. Theaterensembles

Grundpauschale:

- 7-19 Mitglieder: 500 €

- ab 20 Mitglieder: 620 €

Zusatzpauschale

für jedes Mitglied bis 25 Jahre: 25 €

(Maximalbetrag: 250 €).

4.2. Kinder- und Jugendtheater (Höchstalter: 25 Jahre)

Pauschale ab 10 Mitglieder: 250 €

§ 2 - Personen, die gleichzeitig Mitglied sind in:

- einem Musikverein oder Instrumentalensemble und in einem Jugendorchester desselben Vereins,
- einem Chor/Gesangsverein oder Vokalensemble und einem Jugend- oder Kinderchor desselben Vereins,
- einer Tanzgruppe und einer Kinder- oder Jugendtanzgruppe desselben Vereins,
- einem Theaterensemble und einem Kinder- oder Jugendtheater desselben Vereins

werden bei der Berechnung des Funktionszuschusses jeweils nur für die erstgenannte Vereinsgruppe berücksichtigt.»

Abschnitt 3. — Jugend- und Erwachsenenbildung

Zuschüsse für Verwaltungs- und Koordinationspersonal

Art. 26 - Artikel 5 des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 1998 und das Programmdekret vom 7. Januar 2002, wird aufgehoben.

Begrenzung des Höchstzuschusses

Art. 27 - § 1 - In Artikel 6 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Programmdekret vom 4. März 1996, wird zwischen die Wörter «auf» und «75%» das Wort «höchstens» eingefügt.

§ 2 - In Artikel 7 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Programmdekret vom 4. März 1996, wird zwischen die Wörter «auf» und «75%» das Wort «höchstens» eingefügt.

§ 3 - In Artikel 8 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Programmdekret vom 4. März 1996, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Zwischen die Wörter «auf» und «75%» wird das Wort «höchstens» eingefügt;
2. Zwischen die Wörter «und» und «60%» wird das Wort «höchstens» eingefügt.

§ 4 - In Artikel 9 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Programmdekret vom 4. März 1996, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Zwischen die Wörter «auf» und «75%» das Wort «höchstens» eingefügt;
2. Zwischen die Wörter «und» und «60%» wird das Wort «höchstens» eingefügt.

§ 5 - In Artikel 10 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 1998, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. In § 1 Absatz 1 wird zwischen die Wörter «und» und «60%» das Wort «höchstens» eingefügt;
2. In § 1 wird ein neuer Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt: «Die anerkannten Jugendzentren, die einen Leistungsauftrag mit der Regierung nach Artikel 15 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugenddiensten und Jugendzentren abgeschlossen haben, haben ungeachtet der Anzahl Aktivitäten Anrecht auf Bezuschussung einer ganzzeitigen Animatorenstelle.»;
3. In § 2 Absatz 1 wird zwischen die Wörter «und» und «60%» das Wort «höchstens» eingefügt;
4. In § 3 Absatz 1 wird zwischen die Wörter «und» und «60%» das Wort «höchstens» eingefügt.

Animatorenstellen bei Vernetzung von Jugendorganisationen

Art. 28. In Kapitel II desselben Dekrets wird ein Artikel *11bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *11bis* - Vernetzen sich Jugendorganisationen, Jugendzentren und/oder Jugenddienste gemäß Artikel *18bis* des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, so gewährt die Regierung für die Dauer der abgeschlossenen Übereinkunft Zuschüsse für die Anzahl Animatorenstellen, die im letzten Tätigkeitsjahr vor dem In-Kraft-Treten der im selben Artikel vorgesehenen Übereinkunft bei den jeweiligen Vernetzungsbeteiligten bestand.»

Provisorische Anerkennung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung

Art. 29. Artikel 6 des Dekrets vom 18. Januar 1993 über die Anerkennung und Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung wird aufgehoben.

Provisorische Anerkennung von Jugendorganisationen

Art. 30. Artikel 4 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung von Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten wird aufgehoben.

Vernetzungsprojekte in der Jugendarbeit

Art. 31. In Kapitel III Abschnitt 4 desselben Dekrets wird ein neuer Artikel *18bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *18bis* - Jugendorganisationen, Jugendzentren und/oder Jugenddienste können sich im Rahmen einer Übereinkunft, die mit der Regierung und der Gemeinde bzw. den Gemeinden abzuschließen ist, in der bzw. in denen sie ihren Sitz haben, vernetzen.

Die Übereinkunft wird für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren abgeschlossen. Sie umfasst insbesondere:

1. die Modalitäten der Vernetzung,
2. die Modalitäten der jährlichen Evaluation der Anwendung der Übereinkunft,
3. die jährlich anzugebenden Informationen über die Erfüllung der allgemeinen Anerkennungsbedingungen nach Artikel 3 dieses Dekretes,
4. die vierteljährlich anzugebenden Informationen über die Aktivitäten, die
 - a) von den einzelnen Jugendorganisationen, Jugendzentren bzw. Jugenddiensten durchgeführt wurden,
 - b) gemeinsam von den vernetzten Jugendorganisationen, Jugendzentren bzw. Jugenddiensten durchgeführt wurden.»

KAPITEL IV — *Verschiedene Bestimmungen*

Anrechte auf Subventionen und Zuschüsse

Art. 32. In Abweichung aller anders lautender Vorschriften besteht kein Anrecht auf die Auszahlung von Subventionen und Zuschüssen aller Art, deren jährlicher Betrag 124 Euro nicht überschreitet, mit Ausnahme der Zuschüsse und Beihilfen an natürliche Personen.

In Abweichung von Absatz 1 besteht kein Anrecht auf die Auszahlung von Zuschüssen

— unter 2.500 Euro für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1-5 und 7-9 des Dekrets zur Infrastruktur vom 18. März 2002 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben;

— unter 750 Euro für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 desselben Dekretes vorgesehene Infrastrukturvorhaben.

Gemeinschaftszentren

Art. 33. In Artikel *8ter* § 2 des Dekretes vom 20. Dezember 1999 zur Abänderung des Dekretes vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds sowie zur Gründung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung «Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken», eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003, wird der erste Gedankenstrich durch folgende Bestimmung ersetzt:

«- die Beiräte mindestens ein mal pro Jahr einzeln und mindestens ein mal pro Jahr in gemeinsamer Sitzung tagen;».

In Artikel *8ter* § 2 desselben Dekretes wird die Bezeichnung «Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft» durch die Bezeichnung «Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft» ersetzt.

Gemeindeaufsicht

Art. 34. Im Artikel 11 Absätze 1 und 2 des Dekretes vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets wird die Zahl «vierzig» durch die Zahl «zwanzig» ersetzt.

KAPITEL V — *Schlussbestimmungen*

Aufhebungsbestimmungen

Art. 35 - Sind aufgehoben:

— das Dekret vom 14. April 1986 zur Schaffung eines Koordinierungsausschusses für Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten bei der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

— Artikel 3 des Programmdekretes vom 23. Oktober 2000, abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002.

In-Kraft-Treten

Art. 36 - Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2006 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 34, der am zehnten Tag nach der Veröffentlichung des Dekretes im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft tritt.

Vom Parlament Der Deutschsprachigen Gemeinschaft Angenommen

Eupen, den 20. Februar 2006

S. THOMAS
Generalsekretär

L. SIQUET
Präsident

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 20. Februar 2006

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

Frau I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Fußnoten

(1) *Sitzungsperiode 2005-2006:*

Dokumente des Parlamentes — 49, Nr. 1 Dekretvorschlag — 49, Nr. 2-5 Abänderungsvorschläge — 49, Nr. 6 Bericht — 49, Nr. 7-8 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht — Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 20. Februar 2006.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2006 — 2180

[C - 2006/33055]

20 FEVRIER 2006. — Décret-Programme 2006 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modification du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure*

Définitions

Article 1^{er}. L'article 2, alinéa 3, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure est complété comme suit : « et à l'exclusion de la part du coût supportée par la Société publique de Gestion de l'Eau ».

Dénomination Parlement de la Communauté germanophone

Art. 2. Dans l'article 9, alinéa 2, du même décret, la dénomination « Conseil de la Communauté germanophone » est remplacée par la dénomination « Parlement de la Communauté germanophone ».

Rapports de propriété

Art. 3. L'article 12 du même décret, modifié par le décret du 1^{er} mars 2004, est modifié comme suit :

1° au § 1^{er}, il est inséré un troisième alinéa, libellé comme suit :

« Lorsqu'une commune est propriétaire de l'immeuble à subsidier, le contrat de bail emphytéotique, de louage à domaine congéable ou de bail mentionné au premier alinéa peut être remplacé par un droit d'usage. »;

2° au § 2, il est inséré un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Pour les infrastructures extérieures et voiries publiques des communes, une dérogation générale aux conditions mentionnées au § 1^{er} est accordée. »

Assurance

Art. 4. Dans l'article 13 du même décret, le passage « , à l'exception des infrastructures extérieures et voiries publiques des communes, » est inséré entre « à subsidier » et « doit ».

Base de calcul du subside

Art. 5. L'article 17, § 3, du même décret, inséré par le décret du 3 février 2003, est remplacé par la disposition suivante :

« § 3 - Lorsqu'un projet d'infrastructure peut être subsidié par d'autres autorités, ce subside doit être sollicité. A l'exception de celui de la commune d'implantation du demandeur, ces subsides sont déduits du coût global du projet avant que ne soit calculé le subside octroyé en application du présent décret. Ceci vaut également pour chaque indemnité accordée par d'autres autorités ou établissements publics ainsi que pour toutes les participations obligatoires aux frais, sauf pour la participation aux frais payée par l'utilisateur de l'infrastructure s'il est lui-même subsidiable.

Le premier alinéa ne s'applique pas au subside mentionné à l'article 39 pour les bâtiments et paysages classés. »

Demande de subsides

Art. 6. L'article 21, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 1^{er} mars 2004, est modifié comme suit :

1° au 1°, les mots « article 12, § 2, » sont remplacés par « article 12, § 2, alinéa 1^{er} »;

2° le 11° est repris dans la rédaction suivante :

« 11° la preuve que les subsides mentionnés aux articles 5, alinéa 2, et 17, § 3, ont été demandés. »;

3° il est inséré un deuxième alinéa, libellé comme suit : « Pour les infrastructures extérieures et voiries publiques des communes, les documents mentionnés aux 1°, 7° et 9°, ne sont pas requis. »

Coûts supplémentaires

Art. 7. Dans l'article 23, § 2, du même décret, inséré par le décret du 21 mars 2005, les mots « ainsi que de travaux réalisés à des bâtiments et paysages classés » sont insérés entre « d'autres travaux en sous-sol » et « peuvent ».

Garantie de la Communauté

Art. 8. Dans l'article 27, 1°, du même décret, modifié par le décret du 3 février 2003, les mots « une commune, » et « un centre public d'aide sociale, » sont supprimés.

Dénomination Parlement de la Communauté germanophone

Art. 9. Dans l'article 35, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret-programme du 3 février 2003, la dénomination « Conseil de la Communauté germanophone » est remplacée par la dénomination « Parlement de la Communauté germanophone ».

CHAPITRE II. — *Matières Personnalisables*

Missions de l'Office pour les personnes handicapées

Art. 10. L'article 4 du décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, modifié par les décrets des 29 juin 1998, 18 mars 2002 et 16 décembre 2003, est modifié comme suit :

1° le § 1, *4bis*°, est remplacé par la disposition suivante : « prendre en charge les coûts dont il est prouvé qu'ils sont supportés par les enfants et jeunes handicapés ou les personnes chargées de leur éducation et ayant trait à des traitements thérapeutiques, à des aides technico-thérapeutiques, des moyens pédagogiques spéciaux et des interventions chirurgicales visant l'intégration sociale, dans la mesure où

— ils ne sont pas remboursés par l'Institut national d'assurance maladie-invalidité, une mutualité ou une assurance; pour la période des traitements thérapeutiques et opérations et de recours aux aides technico-thérapeutiques et moyens pédagogiques spéciaux, ils sont supérieurs à la somme des allocations familiales majorées liquidées au cours d'une année calendrier;

— ils ne se rapportent pas au temps consacré et investi par les parents, aux déplacements et à la garde, pour ce qui concerne les aides, moyens, traitements et opérations chirurgicales;

— pour ce qui est des traitements thérapeutiques et opérations chirurgicales, ils se rapportent à des traitements et opérations prévus dans la nomenclature de l'Institut national d'assurance maladie-invalidité comme mesures individuelles ou pluridisciplinaires, ou sont considérés par la commission d'évaluation prévue à l'article 20 comme condition sine qua non à l'intégration sociale. »;

2° le paragraphe 2 est repris dans la rédaction suivante :

« § 2. Le Gouvernement peut fixer les conditions-cadres pour l'exécution des missions mentionnées aux § 1^{er}. »

Dénomination Parlement de la Communauté germanophone

Art. 11. Dans l'article 8, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret-programme du 23 octobre 2000, la dénomination « Conseil de Communauté ou de Région » est remplacée par la dénomination « Parlement de Communauté ou de Région ».

Dénomination Parlement de la Communauté germanophone

Art. 12. Dans l'article 9, § 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 29 juin 1998 et 16 décembre 2003, la dénomination « Conseil de la Communauté germanophone » est remplacée par la dénomination « Parlement de la Communauté germanophone ».

Compétences du conseil d'administration de l'Office pour les personnes handicapées

Art. 13. L'article 18 du même décret, modifié par les décrets des 29 juin 1998 et 16 décembre 2003, est modifié comme suit :

1° au § 2, le passage « procédure d'inscription » est remplacé par le passage « procédure de demande »;

2° il est inséré un § 3, libellé comme suit :

« Pour être inscrit auprès de l'Office et pouvoir solliciter une des mesures d'aide ou d'adaptation prévues à l'article 4, une demande doit être introduite par recommandé auprès de l'Office, et ce au moyen d'un formulaire ad hoc. La demande doit être accompagnée de tous les documents justificatifs nécessaires pour pouvoir rendre un avis. La demande comporte une description précise de la mesure d'aide ou d'adaptation sollicitée. »

Commission d'évaluation

Art. 14. L'article 20 du même décret, modifié par le décret du 16 décembre 2003, est modifié comme suit :

1° le § 2, alinéa 1^{er}, est remplacé par la disposition suivante :

« Les demandes introduites en application de l'article 18, § 3, sont immédiatement transmises à la commission d'évaluation. Pour émettre son avis, la commission d'évaluation peut, par écrit, inviter le demandeur à lui fournir tout justificatif et renseignement nécessaire. »

2° au § 3bis, un nouvel alinéa, libellé comme suit, est inséré avant le deuxième alinéa actuel :

« Pour examiner les demandes d'aide technico-thérapeutiques et de moyens pédagogiques spéciaux et rendre un avis, la commission d'évaluation fait appel à deux représentants de la Division Enseignement du Ministère, dont au moins un est membre de l'Inspection-guidance pédagogique. »

3° au § 4, les mots « aux médecins spécialistes, » sont insérés entre les mots « aux experts » et « ainsi qu'aux centres de consultation et d'examen ».

Plafonds

Art. 15. Dans l'article 21 du même décret, l'alinéa suivant est inséré avant l'alinéa 2 :

« Sur proposition de la commission d'évaluation mentionnée à l'article 20, le conseil d'administration peut, dans le cadre des conditions déterminées par le Gouvernement, fixer des plafonds pour les mesures d'aide et d'adaptation visées à l'article 4. »

Dénomination Parlement de la Communauté germanophone

Art. 16. Dans l'article 4, § 1^{er}, du décret du 9 mai 1988 visant la reprise de certains membres du personnel de l'Oeuvre nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de douze ans, inséré par le décret-programme du 3 février 2003, la dénomination « Conseil de la Communauté germanophone » est remplacée par la dénomination « Parlement de la Communauté germanophone ».

Fonds pour la protection de la vie encore à naître

Art. 17. Dans l'article 6bis, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 9 mai 1988 visant la reprise de certains membres du personnel de l'Oeuvre nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de douze ans, inséré par le décret du 21 janvier 1991, il est inséré un point 3., libellé comme suit :

« 3. des recettes qui résultent de l'application de l'article 38 du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse. »

CHAPITRE III. — *Matières Culturelles*Section 1^{re}. — Médias

Définitions

Art. 18. (Ne concerne pas le texte français)

Fournisseurs d'autres services : conditions

Art. 19. Dans l'article 37, 1°, du décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques, les mots « le demandeur » sont remplacés par les mots « le fournisseur ».

Dans l'article 38, alinéa 2, 1°, les mots « du demandeur » sont remplacés par les mots « du fournisseur ».

L'article 39 du même décret est modifié comme suit :

1° dans la phrase introductive, le passage « Pour être agréée » est remplacé par le passage « Pour se faire enregistrer »;

2° le mot « demandeur » est à chaque fois remplacé par le mot « fournisseur ».

Radiation de la demande d'agrément

Art. 20. L'article 40 est abrogé.

Radio Data System

Art. 21. Au titre 4, chapitre 2, section 2, du même décret, il est inséré un nouvel article 61bis, libellé comme suit :

« Article 61bis - Radio Data System

S'il est prévu d'utiliser le Radio Data System (RDS), alors il faudra utiliser le code RDS-PI communiqué par la chambre décisionnelle. »

Composition de la chambre consultative

Art. 22. L'article 111, § 1, alinéa 2, du même décret est modifié comme suit :

1° au 6°, le mot « et » en fin de phrase est remplacé par un point virgule;

2° au 7°, le point est remplacé par le mot « et »;

3° il est inséré un nouveau 8°, libellé comme suit :

« 8° un membre sur la proposition du comité directeur de l'Association générale des journalistes professionnels de Belgique. »

Dans l'article 111, § 1^{er}, alinéa 3, du même décret, il est inséré un nouveau 7°, libellé comme suit :

« 7° un membre sur la proposition du conseil de l'aide à la jeunesse. »

Missions de la chambre consultative

Art. 23. L'article 114, § 1^{er}, 1^o, c), du même décret est abrogé.

Section 2. — Culture

Agréation comme société d'art amateur

Art. 24. L'article 3 du décret du 28 juin 1988 réglant l'agréation et le subventionnement des sociétés d'art amateur, modifié par le décret-programme 2005 du 21 mars 2005, est modifié comme suit :

1^o au 1^o, le passage « et y mener ses principales activités » est inséré avant le point virgule;

2^o il est inséré un nouvel alinéa 2, libellé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 2^o, les ensembles vocaux doivent compter au moins quatre membres. »

Subventions de fonctionnement pour les associations d'art amateur

Art. 25. L'article 6 du même décret, modifié par les décrets des 7 janvier 2002 et 3 février 2003, est remplacé par le libellé suivant :

« Article 6 § 1^{er}. Les sociétés d'art amateur agréées reçoivent un subside de fonctionnement annuel dont le plafond est calculé comme suit :

1. MUSIQUE

1.1. Sociétés de musique

- Forfait de base :

7-19 membres : 500 €

20-34 membres : 620 €

à partir de 35 membres : 750 €

- Forfait supplémentaire de 25 € par membre jusqu'à 18 ans (maximum : 370 €)

1.2. Autres ensembles instrumentaux

- Forfait de base :

7-19 membres : 500 €

à partir de 20 membres : 620 €

- Forfait supplémentaire de 25 € par membre jusqu'à 18 ans (maximum : 125 €)

1.3. Orchestre de jeunes (âge maximal : 18 ans)

- Forfait

à partir de 15 membres 370 €

2. CHURS

2.1. Choeurs/chorales

- Forfait de base :

7-19 membres : 500 €

20-34 membres : 620 €

à partir de 35 membres : 750 €

- Forfait supplémentaire de 25 € par membre jusqu'à 25 ans (maximum : 370 €)

2.2. Autres ensembles vocaux

- Forfait de base :

4-8 membres : 250 €

9-19 membres : 370 €

à partir de 20 membres : 500 €

- Forfait supplémentaire de 25 € par membre jusqu'à 25 ans (maximum : 125 €)

2.3. Choeurs d'enfants et de jeunes (âge maximal 25 ans)

Forfait à partir de 15 membres : 370 €

3. DANSE

3.1. Groupes de danse

- Forfait de base :

7-19 membres : 250 €

20-34 membres : 370 €

à partir de 35 membres : 500 €

Forfait supplémentaire de 25 € par membre jusqu'à 25 ans (maximum : 125 €)

3.2. Groupes de danse d'enfants et de jeunes (âge maximal 25 ans)

Forfait à partir de 15 membres : 370 €

4. THEÂTRE

4.1. Troupes théâtrales

- Forfait de base :

7-19 membres : 500 €

à partir de 20 membres : 620 €

- Forfait supplémentaire de 25 € par membre jusqu'à 25 ans (maximum : 250 €)

4.2. Théâtre pour enfants et pour jeunes (âge maximal 25 ans)

- Forfait à partir de 10 membres : 250 €

§ 2. Les personnes qui sont à la fois membres :

— d'une société de musique ou d'un ensemble instrumental et d'un orchestre de jeunes de la même société;

— d'un chœur/d'une chorale ou d'un ensemble vocal et d'un chœur d'enfants ou de jeunes de la même société;

— d'un groupe de danse et d'un groupe de danse pour enfants ou jeunes de la même société;

— d'une troupe théâtrale ou d'un théâtre pour enfants ou pour jeunes de la même société;

sont uniquement prises en considération pour le calcul du subside de fonctionnement de la première société nommée. »

Section 3. — Formation des jeunes et des adultes

Subventions pour le personnel administratif et de coordination

Art. 26. L'article 5 du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, modifié par le décret du 14 décembre 1998 et le décret-programme du 7 janvier 2002, est abrogé.

Limitation des plafonds de subventionnement

Art. 27. § 1^{er}. Dans l'article 6, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret-programme du 4 mars 1996, l'expression « au plus » est insérée après « à 75 % ».

§ 2. Dans l'article 7, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret-programme du 4 mars 1996, l'expression « au plus » est insérée après « à 75 % ».

§ 3. L'article 8, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret-programme du 4 mars 1996, est modifié comme suit :

1° l'expression « au plus » est insérée après « à 75 % »;

2° l'expression « au plus » est insérée après « à 60 % ».

§ 4. L'article 9, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret-programme du 4 mars 1996, est modifié comme suit :

1° l'expression « au plus » est insérée après « à 75 % »;

2° l'expression « au plus » est insérée après « à 60 % ».

§ 5. L'article 10 du même décret, remplacé par le décret du 14 décembre 1998, est modifié comme suit :

1° au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, l'expression « au plus » est insérée après « à 60 % »;

2° au § 1^{er}, il est inséré un nouvel alinéa 3, libellé comme suit : « Les centres de jeunesse agréés qui ont conclu un marché de services avec le Gouvernement conformément à l'article 15, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes ont droit, indépendamment du nombre d'activités, au subventionnement d'un emploi d'animateur à temps plein. »;

3° au § 2, alinéa 1^{er}, l'expression « au plus » est insérée après « à 60 % »;

4° au § 3, alinéa 1^{er}, l'expression « au plus » est insérée après « à 60 % ».

Emplois d'animateurs en cas de mise en réseau d'organisations de jeunesse

Art. 28. Au chapitre II du même décret, il est inséré un article 11bis, libellé comme suit :

« Article 11bis. Si des organisations de jeunesse, des centres de jeunesse et/ou des services pour jeunes se mettent en réseau conformément à l'article 18bis du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes, le Gouvernement leur accorde, pour la durée de l'accord conclu, des subsides pour le nombre d'emplois d'animateur qui existait auprès des différents acteurs du réseau au cours de la dernière année d'activités précédant l'entrée en vigueur de l'accord prévu au même article. »

Agrégation provisoire d'organisations d'éducation populaire et de formation des adultes

Art. 29. L'article 6 du décret du 18 janvier 1993 relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes est abrogé.

Agrégation provisoire d'organisations de jeunesse

Art. 30. L'article 4 du décret du 14 décembre 1998 portant agrégation et subventionnement d'organisations de jeunesse, de centres de jeunesse et de services pour jeunes est abrogé.

Projets de mise en réseau au niveau de l'animation pour jeunes

Art. 31. Au chapitre III, section 4, du même décret, il est inséré un article 18bis, libellé comme suit :

« Article 18bis. Des organisations de jeunesse, des centres de jeunesse et/ou des services pour jeunes peuvent se mettre en réseau dans le cadre d'un accord conclu avec le Gouvernement et la (les) commune(s) où ils ont leur siège.

L'accord est conclu pour une période de deux ans au plus. Il porte entre autres sur :

- 1° les modalités de la mise en réseau;
- 2° les modalités de l'évaluation annuelle relative à l'application de l'accord;
- 3° les informations à donner annuellement quant au respect des conditions générales d'agrégation énoncées à l'article 3 du décret;
- 4° les informations à donner trimestriellement à propos des activités qui ont été menées
 - a) individuellement par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes;
 - b) collectivement par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reliés en réseau.

CHAPITRE IV. — *Dispositions Diverses*

Droits aux subventions et subsides

Art. 32. Par dérogation à toute prescription contraire, il n'existe pas de droit au paiement de subventions et subsides de toute nature dont le montant annuel ne dépasse pas 124 €, à l'exception des subsides et allocations aux personnes physiques.

Par dérogation au premier alinéa, il n'existe pas de droit au paiement de subsides

— inférieurs à 2.500 € pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 5° et 7° à 9°, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure;

— inférieurs à 750 € pour le projet d'infrastructure prévu à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, du même décret.

Centres communautaires

Art. 33. Dans l'article 8ter, § 2, du décret du 20 décembre 1999 modifiant le décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des fonds budgétaires et instituant le « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken » (Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken), service à gestion autonome, inséré par le décret du 3 février 2003, le premier tiret est remplacé par la disposition suivante :

« - les conseils consultatifs siègent au moins une fois par an séparément et au moins deux fois par an en séance commune; »

Dans l'article 8ter, § 2, du même décret, la dénomination « Conseil de la Communauté germanophone » est remplacée par la dénomination « Parlement de la Communauté germanophone ».

Tutelle sur les communes

Art. 34. Dans l'article 11, alinéas 1^{er} et 2, du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande, le nombre « quarante » est remplacé par le nombre « vingt ».

CHAPITRE V. — *Dispositions Finales*

Dispositions abrogatoires

Art. 35. Sont abrogés :

— le décret du 14 avril 1986 portant création auprès de l'Exécutif de la Communauté germanophone d'un comité de coordination des affaires sociales et sanitaires;

— l'article 3 du décret-programme du 23 octobre 2000, modifié par le décret du 7 janvier 2002.

Entrée en vigueur

Art. 36. Le présent décret produit ses effets le 1^{er} janvier 2006, à l'exception de l'article 34, lequel entre en vigueur le dixième jour suivant la publication du décret au *Moniteur belge*.

Adopté par le Parlement de la Communauté germanophone.

Eupen, le 20 février 2006.

St. THOMAS

Greffier

L. SIQUET

Président

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 20 février 2006.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

Mme I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

Notes

(1) *Session 2005-2006* :

Documents du Parlement. — 49, n° 1 Projet de décret. — 49, n° 2-5 Propositions d'amendement. — 49, n° 6 Rapport. — 49, n° 7-8 Propositions d'amendement relative au texte adopté par la commission.

Rapport intégral. — Discussion et vote - Session du 20 février 2006.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2006 — 2180

[C — 2006/33055]

20 FEBRUARI 2006. — Programmadecreet (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :
HOOFDSTUK I — Wijziging van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur

Definities

Artikel 1. Artikel 2, lid 3, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur wordt aangevuld als volgt : « en het kostenaandeel gedragen door de Openbare Maatschappij voor Waterbeheer ».

Benaming Parlement van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 2. In artikel 9, lid 2, van hetzelfde decreet wordt de benaming « de Raad van de Duitstalige Gemeenschap » vervangen door de benaming « het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ».

Eigendomsverhoudingen

Art. 3. Artikel 12 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 1 maart 2004, wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 1 wordt een derde lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Is een gemeente eigenares van het te subsidiëren onroerend goed, dan kan het in het eerste lid vermeld erfpachtverdrag, opstalverdrag of huurcontract door een gebruiksrecht worden vervangen. »

2° in § 2 wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Voor de buiteninfrastructuren en de openbare wegen van de gemeenten wordt een algemene afwijking van de in § 1 vermelde voorwaarden toegekend. »

Verzekering

Art. 4. In artikel 13 van hetzelfde decreet wordt tussen de woorden « inrichting » en « is » de passus « , met uitzondering van de buiteninfrastructuren en de openbare wegen van de gemeenten, » ingevoegd.

Berekeningsbasis voor de toelage

Art. 5. Artikel 17, § 3, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 3. Kan een infrastructuurproject door andere overheden gesubsidieerd worden, dan moet deze toelage aangevraagd worden. Met uitzondering van de toelage toegekend door de vestigingsgemeente van de aanvrager, worden deze toelagen van de globale kostprijs van het project afgetrokken voordat de toelage, toegekend met toepassing van voorliggend decreet, berekend wordt. Dit geldt eveneens voor elke door andere overheden of openbare instellingen toegekende vergoeding of voor alle verplichte kostenbijdragen, met uitzondering van de kostenbijdrage van de gebruiker van de infrastructuur, als hij zelf subsidieerbaar is.

Het eerste lid is niet van toepassing op de in artikel 39 vermelde toelage voor de onder monumentenzorg geplaatste gebouwen en landschappen. »

Subsidiëringsaanvraag

Art. 6. Artikel 21, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 1 maart 2004, wordt gewijzigd als volgt :

1° in 1° worden de woorden « artikel 12, § 2, » vervangen door « artikel 12, § 2, lid 1, »;

2° 11° wordt opnieuw opgenomen in de volgende lezing :

« 11° het bewijs dat de in de artikelen 5, lid 2, en 17, § 3, zijn aangevraagd. »;

3° er wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Voor de buiteninfrastructuren en de openbare wegen van de gemeenten zijn de in 1°, 7° en 9°, vermelde documenten niet vereist. »

Meerkosten

Art. 7. In artikel 23, § 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 maart 2005, wordt tussen de woorden « andere ondergrondse werken » en « kunnen » de passus « alsmede van werken uitgevoerd aan onder monumentenzorg geplaatste onroerende goederen en landschappen » ingevoegd.

Garantie van de Gemeenschap

Art. 8. In artikel 27, 1°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 februari 2003, worden de passussen « geen gemeente, » en « geen openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, » geschrapt.

Benaming Parlement van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 9. In artikel 35, lid 3, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het programmadecreet van 3 februari 2003, wordt de benaming « de Raad van de Duitstalige Gemeenschap » vervangen door de benaming « het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ».

HOOFDSTUK II. — *Persoonsgebonden Aangelegenheden*

Opdrachten van de Dienst voor de personen met een handicap

Art. 10. Artikel 4 van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap, gewijzigd bij de decreten van 29 juni 1998, 18 maart 2002 en 16 december 2003, wordt vervangen als volgt :

1° § 1, 4°*bis*, wordt vervangen door de volgende bepaling : « de kosten overnemen waarvan het bewezen is dat ze door de kinderen en jongeren met een handicap resp. door de personen belast met hun opvoeding gedragen worden en die betrekking hebben tot therapeutische behandelingen, technisch-therapeutische hulpverlening, buitengewone pedagogische hulpmiddelen en heelkundige ingrepen met het oog op de maatschappelijke integratie, voorzover :

— ze niet door het Rijksinstituut voor ziekte- en invaliditeitsverzekering, een ziekenfonds of een verzekering terugbetaald worden;

— ze, voor de perioden van de therapeutische behandelingen en heelkundige ingrepen en van beroep op de technisch-therapeutische hulpverlening en buitengewone pedagogische hulpmiddelen, hoger liggen dan de som van de tijdens een kalenderjaar uitbetaalde verhoogde kinderbijslag;

— ze niet betrekking hebben tot de tijd die de ouders besteden en investeren, de duur van de verplaatsingen en van het onthaal, wat de hulpverlening, de hulpmiddelen, de behandelingen en de heelkundige ingrepen betreft;

— ze, wat de therapeutische behandelingen en heelkundige ingrepen betreft, betrekking hebben tot behandelingen en ingrepen die ofwel als individuele ofwel als multidisciplinaire maatregel in de nomenclatuur van de R.I.Z.I.V. opgenomen zijn of door de in artikel 20 vermelde evaluatiecommissie als noodzakelijk beschouwd worden voor de maatschappelijke integratie. »;

2° § 2 wordt opnieuw opgenomen in de volgende lezing :

« § 2. De Regering kan de kadervoorwaarden bepalen voor de uitvoering van de in § 1 vermelde opdrachten. »

Benaming Parlement van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 11. In artikel 8, lid 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het programmadecreet van 23 oktober 2000, wordt de benaming « Gewest- of Gemeenschapsraad » vervangen door de benaming « Gewest- of Gemeenschapsparlement ».

Benaming Parlement van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 12. In artikel 9, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 29 juni 1998 en 16 december 2003, wordt de benaming « de Raad van de Duitstalige Gemeenschap » vervangen door de benaming « het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ».

Bevoegdheden van de raad van bestuur van de Dienst voor de personen met een handicap

Art. 13. Artikel 18 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 29 juni 1998 en 16 december 2003, wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 2 wordt het woord « inschrijvingsprocedure » vervangen door het woord « aanvraagprocedure ».

2° er wordt een § 3 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 3; Om bij de Dienst ingeschreven te worden en een beroep te kunnen doen op één der in artikel 4 bepaalde hulp- of aanpassingsmaatregelen, moet een aanvraag per aangetekende brief d.m.v. een daartoe voorgeschreven aanvraagformulier bij de Dienst worden ingediend. Bij de aanvraag moeten alle bewijsstukken worden gevoegd die noodzakelijk zijn om erover een advies te kunnen uitbrengen. De aanvraag omvat een precieze beschrijving van de aangevraagde hulp- of aanpassingsmaatregel. »

Evaluatiecommissie

Art. 14. Artikel 20 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 16 december 2003, wordt gewijzigd als volgt :

1° § 2, lid 1, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De met toepassing van artikel 18, § 3, ingediende aanvragen worden onmiddellijk aan de evaluatiecommissie toegezonden. Om haar advies uit te brengen, kan de evaluatiecommissie de aanvrager schriftelijk uitnodigen haar alle nodige bewijsstukken en inlichtingen te verstrekken.

2° in § 3*bis* wordt vóór het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Om de aanvragen om technisch-therapeutische hulpverlening en buitengewone pedagogische hulpmiddelen te behandelen en erover een advies uit te brengen, doet de evaluatiecommissie een beroep op twee vertegenwoordigers van de Onderwijsafdeling van het Ministerie, onder wie ten minste één lid van de pedagogische inspectiebegeleiding is. »;

3° in § 4 worden tussen de woorden « deskundigen » en « alsmede aan de consultatie- en onderzoekscentra » de woorden « en geneesheer-specialisten » ingevoegd.

Maximumbedragen

Art. 15. In artikel 21 van hetzelfde decreet wordt vóór het tweede lid een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Op de voordracht van de in artikel 20 vermelde evaluatiecommissie kan de raad van bestuur in het kader van de door de Regering vastgelegde voorwaarden maximumbedragen vastleggen voor de in artikel 4 bedoelde hulp- en aanpassingsmaatregelen. »

Benaming Parlement van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 16. In artikel 4, § 1, van het decreet van 9 mei 1988 tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn en tot regeling van het herbergen van kinderen tot twaalf jaar, ingevoegd bij het programmadecreet van 3 februari 2003, wordt de benaming « de Raad van de Duitstalige Gemeenschap » vervangen door de benaming « het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ».

Fonds tot bescherming van het ongeboren leven

Art. 17. In artikel 6*bis*, § 1, lid 2, van het decreet van 9 mei 1988 tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn en tot regeling van het herbergen van kinderen tot twaalf jaar, ingevoegd bij het decreet van 21 januari 1991, wordt een punt 3 ingevoegd, luidend als volgt :

« 3. de ontvangsten die voortvloeien uit de toepassing van artikel 38 van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand. »

HOOFDSTUK III. — *Culturele Aangelegenheden**Afdeling 1. — Media*

Definities

Art. 18. (Betreft niet de Nederlandse tekst)

Aanbieders van andere diensten : voorwaarden

Art. 19. In artikel 37, 1°, van het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen worden de woorden « de aanvrager » vervangen door de woorden « de aanbieder ».

In artikel 38, lid 2, 1°, worden de woorden « van de aanvrager » vervangen door de woorden « van de aanbieder ».

Artikel 39 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in de inleidende zin wordt de passus « Om als aanbieder van een andere omroepdienst dan een televisie- of geluidsprogramma erkend te worden » vervangen door de passus « Om zich als aanbieder van een andere omroepdienst dan een televisie- of geluidsprogramma te laten registreren ».

2° het woord « aanvrager » wordt telkens vervangen door het woord « aanbieder ».

Doorhaling van de aanvraag om erkenning

Art. 20. Artikel 40 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Radio Data System

Art. 21. In titel 4, hoofdstuk 2, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een nieuw artikel 61*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 61*bis* - Radio Data System

Wordt het gebruik van het Radio Data System (RDS) gepland, dan moet het door de beslissingskamer medegedeelde PI-code worden gebruikt.

Samenstelling van de advieskamer

Art. 22. Artikel 111, § 1, lid 2, van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in 6° wordt het woord « en » aan het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° in 7° wordt de puntkomma vervangen door het woord « en »;

3° er wordt een nieuw 8° ingevoegd, luidend als volgt :

« 8° één lid op de voordracht van het bestuur van de Algemene Vereniging van Beroepsjournalisten in België. »

In artikel 111, § 1, lid 3, van hetzelfde decreet wordt een nieuw 7° ingevoegd, luidend als volgt :

« 7° één lid op de voordracht van de Raad voor jeugdbijstand. »

Opdrachten van de advieskamer

Art. 23. Artikel 114, § 1, 1°, c), van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Afdeling 2. — Cultuur

Erkenning als vereniging voor amateuristische kunstbeoefening

Art. 24. Artikel 3 van het decreet van 28 juni 1988 houdende regeling van de erkenning en de subsidiëring van verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening, gewijzigd bij het programmadecreet 2005 van 21 maart 2005, wordt gewijzigd als volgt :

1° in 1° wordt tussen het woord « zetel » en de woorden « in het Duitse » de passus « en haar voornaamste activiteiten » ingevoegd;

2° er wordt een nieuw lid 2 ingevoegd, luidend als volgt :

« In afwijking van lid 1, 2°, moeten de vocale ensembles ten minste vier leden tellen. »

Werkingsstoelagen voor verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening

Art. 25. Artikel 6 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 7 januari 2002 en 3 februari 2003, wordt vervangen als volgt :

« **Artikel 6** - § 1 - De erkende verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening verkrijgen een jaarlijkse werkingsstoelage waarvan het maximaal bedrag als volgt berekend wordt :

1. MUZIEK

1.1. Muziekverenigingen

Forfaitair basisbedrag :

7-19 leden : 500

20-34 leden : 620

vanaf 35 leden : 750

Bijkomend forfaitair bedrag ten belope van 25 per lid tot 18 jaar (maximum : 370)

1.2. Andere instrumentale ensembles

Forfaitair basisbedrag :

7-19 leden : 500

vanaf 20 leden : 620

Bijkomend forfaitair bedrag ten belope van 25 per lid tot 18 jaar (maximum : 125)

1.3. Jeugdorkest (maximumleeftijd 18 jaar)

Forfaitair bedrag vanaf 15 leden : 370

2. KOREN

2.1. Koren/zangverenigingen

Forfaitair basisbedrag :

7-19 leden : 500

20-34 leden : 620

vanaf 35 leden : 750

Bijkomend forfaitair bedrag ten belope van 25 per lid tot 25 jaar (maximum : 370)

2.2. Andere vocale ensembles

Forfaitair basisbedrag :

4-8 leden : 250

9-18 leden : 370

vanaf 20 leden : 500

Bijkomend forfaitair bedrag ten belope van 25 per lid tot 25 jaar (maximum : 125)

2.3. Kinder- en jeugdkoren (maximumleeftijd 25 jaar)

Forfaitair bedrag vanaf 15 leden : 370

3. DANS

3.1. Dansgroepen

Forfaitair basisbedrag :

7-19 leden : 250

20-34 leden : 370

vanaf 35 leden : 500

Bijkomend forfaitair bedrag ten belope van 25 per lid onder 25 jaar (maximum : 125)

3.2. Dansgroepen van kinderen en jongeren (maximumleeftijd : 25 jaar)

Forfaitair bedrag vanaf 15 leden : 370

4. THEATER

4.1. Theaterensembles

Forfaitair basisbedrag :

7-19 leden : 500

vanaf 20 leden : 620

Bijkomend forfaitair bedrag ten belope van 25 per lid tot 25 jaar (maximum : 250)

4.2. Theater voor kinderen en jongeren (maximumleeftijd : 25 jaar)

Forfaitair bedrag vanaf 10 leden : 250

§ 2. De mensen die tegelijk lid zijn van :

- een muziekvereniging of van een instrumentaal ensemble en van een jeugdorkest behorend tot dezelfde vereniging;
- een koor/zangvereniging of van een vocaal ensemble en van een jeugd- of kinderkoor behorend tot dezelfde vereniging;
- een dansgroep en van een dansgroep van kinderen of jongeren behorend tot dezelfde vereniging;
- een theaterensemble en een theater voor kinderen of jongeren behorend tot dezelfde vereniging worden, bij de berekening van de werkingstoelage, slechts voor de eerstgenoemde vereniging in aanmerking genomen. »

Afdeling 3. — Vormingswerk voor jongeren en volwassenen

Toelagen voor de personeelskosten betreffende het administratieve en coördinatiepersoneel

Art. 26. Artikel 5 van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, gewijzigd bij het decreet van 14 december 1998 en bij het programmadecreet van 7 januari 2002, wordt opgeheven.

Beperking van de maximale toelagen

Art. 27. § 1. In artikel 6, lid 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het programmadecreet van 4 maart 1996, worden tussen de woorden « die » en « 75 % » de woorden « ten hoogste » ingevoegd.

§ 2. In artikel 7, lid 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het programmadecreet van 4 maart 1996, worden tussen de woorden « die » en « 75 % » de woorden « ten hoogste » ingevoegd.

§ 3. Artikel 8, lid 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het programmadecreet van 4 maart 1996, wordt gewijzigd als volgt :

1° tussen de woorden « die » en « 75 % » worden de woorden « ten hoogste » ingevoegd;

2° tussen de woorden « die » en « 60 % » worden de woorden « ten hoogste » ingevoegd.

§ 4. Artikel 9, lid 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het programmadecreet van 4 maart 1996, wordt gewijzigd als volgt :

1° tussen de woorden « die » en « 75 % » worden de woorden « ten hoogste » ingevoegd;

2° tussen de woorden « die » en « 60 % » worden de woorden « ten hoogste » ingevoegd.

§ 5. Artikel 10 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 1998, wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 1, lid 1, worden tussen de woorden « en » en « 60 % » de woorden « ten hoogste » ingevoegd;

2° in § 1 wordt een nieuw lid 3 ingevoegd, luidend als volgt : « De erkende jeugdcentra die overeenkomstig artikel 15, § 1, lid 2, van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten met de Regering een opdracht voor aanneming van diensten hebben afgesloten, hebben recht op de subsidiëring van een animator met een voltijdse betrekking, onafhankelijk van het aantal activiteiten;

3° in § 2, lid 1, worden de woorden « ten hoogste » tussen de woorden « en » en « 60 % » ingevoegd;

4° in § 3, lid 1, worden de woorden « ten hoogste » tussen de woorden « en » en « 60 % » ingevoegd.

Betrekkingen als animator bij netwerkvorming van jeugdorganisaties

Art. 28. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet wordt een artikel 11*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 11*bis*. Bij netwerkvorming overeenkomstig artikel 18*bis* van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten krijgen de jeugdorganisaties, -centra en/of -diensten voor de duur van de afgesloten overeenkomst toelagen van de Regering voor het aantal betrekkingen als animator dat tijdens het activiteitenjaar vóór de inwerkingtreding van de in hetzelfde artikel bedoelde overeenkomst bij de verschillende netwerkdeelnemers voorhanden was. »

Voorlopige erkenning van organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen

Art. 29. Artikel 6 van het decreet van 18 januari 1993 betreffende de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen wordt opgeheven.

Voorlopige erkenning van jeugdorganisaties

Art. 30. Artikel 4 van het decreet van 14 december 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten wordt opgeheven.

Netwerkprojecten op het gebied van de jeugdanimatie

Art. 31. In hoofdstuk III, afdeling 4, van hetzelfde decreet, wordt een nieuw artikel 18*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 18*bis* - Jeugdorganisaties, -centra en/of -diensten kunnen zich in een netwerk organiseren in het kader van een overeenkomst afgesloten met de Regering en de gemeente(n) waar ze hun zetel hebben.

De overeenkomst wordt voor een periode van ten hoogste twee jaar afgesloten. Ze omvat in het bijzonder :

1° de modaliteiten m.b.t. de netwerkvorming;

2° de modaliteiten van de jaarlijkse evaluatie m.b.t. de toepassing van de overeenkomst;

3° de jaarlijks te verstrekken inlichtingen m.b.t. de vervulling van de algemene erkenningsvoorwaarden overeenkomstig artikel 3 van dit decreet;

4° de elk kwartaal te verstrekken inlichtingen over de activiteiten die

a) door elke jeugdorganisatie, -centrum of -dienst werden uitgevoerd,

b) gezamenlijk door de in een netwerk georganiseerde jeugdorganisaties, -centra of -diensten werden uitgevoerd. »

HOOFDSTUK IV. — *Diverse bepalingen*

Recht op toelagen en subsidies

Art. 32. In afwijking van andersluidende voorschriften bestaat geen recht op de uitbetaling van toelagen en subsidies van welke aard dan ook, waarvan het jaarlijks bedrag 124 niet overschrijdt, met uitzondering van de toelagen en tegemoetkomingen aan natuurlijke personen.

In afwijking van lid 1 bestaat geen recht op de uitbetaling van toelagen

— die minder dan 2 500 bedragen voor de infrastructuurprojecten bedoeld in artikel 2, lid 1, 1° tot 5° en 7° tot 9° van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur;

— die minder dan 750 bedragen voor het infrastructuurproject bedoeld in artikel 2, lid 1, 6°, van hetzelfde decreet.

Gemeenschapscentra

Art. 33. In artikel 8ter, § 2, van het decreet van 20 december 1999 tot wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van begrotingsfondsen en tot oprichting van een « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken » (Sport-, Vrijtijds- en Toerismecentrum van Worriken), dienst met autonoom beheer, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003, wordt het eerste streepje vervangen door de volgende bepaling :

« - de adviesraden ten minste één keer per jaar alleen en ten minste één keer per jaar in gemeenschappelijk zitting bijeenkomen; »

In artikel 8ter, § 2, van hetzelfde decreet, wordt de benaming « de Raad van de Duitstalige Gemeenschap » vervangen door de benaming « het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ».

Toezicht op de gemeenten

Art. 34. In artikel 11, leden 1 en 2, van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied wordt het getal « veertig » vervangen door het getal « twintig ».

HOOFDSTUK V. — Slotbepalingen

Opheffingsbepalingen

Art. 35. Worden opgeheven :

het decreet van 14 april 1986 houdende inrichting van een coördinatiecomité voor sociale en sanitaire aangelegenheden bij de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap;

artikel 3 van het programmadecreet van 23 oktober 2000, gewijzigd bij het decreet van 7 januari 2002.

Inwerkingtreding

Art. 36. Dit decreet heeft uitwerking op 1 januari 2006, met uitzondering van artikel 34, dat de tiende dag na de openbaarmaking van het decreet in het *Belgisch Staatsblad* in werking treedt.

Door het parlement van de Duitstalige Gemeenschap aangenomen

Eupen, 20 februari 2006

St. THOMAS

Griffier

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

L. SIQUET

Voorzitter

Eupen, 20 februari 2006.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—————
Nota's

(1) *Zitting 2005-2006 :*

Bescheiden van het Parlement. — 49, nr. 1 : Ontwerp van decreet. — 49, nr. 2-5 : Voorstellen tot wijziging. — 49, nr. 6 : Verslag. — 49, nr. 7-8 : Voorstellen tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie.

Integraal verslag. — Discussie en aanneming. — Zitting van 20 februari 2006.

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2006 — 2181

[2006/201803]

**18 MAI 2006. — Arrêté du Gouvernement wallon
fixant les agréments dans le cadre de l'amélioration de l'espèce porcine**

Le Gouvernement wallon,

Vu la loi du 20 juin 1956 relative à l'amélioration des races d'animaux domestiques utiles à l'agriculture, modifiée par les lois du 24 mars 1987 relative à la santé des animaux et du 23 mars 1998 relative à la création d'un Fonds budgétaire pour la santé et la qualité des animaux et des produits animaux;

Vu l'arrêté royal du 2 septembre 1992 relatif à l'amélioration des reproducteurs porcins, modifié par les arrêtés royaux des 11 janvier 1993 et 13 juillet 2001;

Vu l'arrêté ministériel du 3 septembre 1992 relatif à l'amélioration des reproducteurs porcins;